



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Oestreich und Preußen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

bekannte Gesellschaft mit allen Zeichen eines in eifriger Spannung lauschenden Auditoriums. Endlich zeigt uns das dritte die Vorbereitung zu einem Schauspiel. Ein Amor, bereits angezogen, in der einen Hand die Maske eines bärtigen Greises, in der anderen einen Krummstab, hört auf die Worte eines zweiten, der ihm lebhaft zuspricht. Ein anderer, ebenfalls schon im langen Gewande, hat sich gesetzt und bindet sich eilig die Schuhe zu; hinter einem Tisch, auf dem zwei Masken liegen, wird noch Psyche sichtbar.

Das sind recht eigentliche Genrebilder, mitten aus dem unmittelbarsten Leben der Gegenwart herausgerissen; allein dadurch, daß Amoren und Psychen handelnd auftreten, kommt ein eigenthümliches Temperament in dieselben, durch welches sich alte und moderne Kunst bestimmt scheiden.

Oestreich und Preußen.

Auf die östreichische Note, die unsren Patriotismus so lebhaft afficirte, ist nun auch die preußische Antwort veröffentlicht worden. Wenn das diplomatische Geschäft ein Spiel des Wizes wäre, bei welchem es vorzugsweise darauf ankäme, dem Gegner durch geistvolle Einfälle zu imponiren und ihn durch scharfsinnige Combinationen außer Fassung zu setzen, so würde uns diese Note in hohem Grade befriedigen; denn sie ist in der That mit großer Feinheit und selbst mit Grazie geschrieben. Auf den ungestümen, herausfordernden Ton Oestreichs wird mit der höflichen Ironie einer feinen Bildung erwidert und in der Art und Weise, wie die Gründe für und wider in Reihe und Glied gestellt werden, verräth sich ohne Zweifel die Metropole der Intelligenz, das Adoptivvaterland der Hegelschen Philosophie.

Wir glauben aber nicht, daß die Entfaltung gebildeter Formen der Hauptzweck der Diplomatie sein kann. Es kommt uns das grade so vor, als wenn in einem tödtlichen Duell der eine der Kämpfer seinen Gegner und die Zeugen, die eben einen kräftigen Stoß erwarten, durch ein zierliches Pas überrascht. Dergleichen wird in der edlen Fechtkunst wol auch eingeübt, aber doch nicht, um bei dem wirklichen Kampf in Anwendung gebracht zu werden. In Beziehung auf die Sache selbst, der durch die östreichische Note eine so bestimmte Richtung gegeben war, sagt die preußische Note nichts; wenn wir nicht etwa den einen Passus für eine versteckte Anspielung auf das, was Preußen eigentlich wünscht, halten wollen. Preußen erinnert nämlich Oestreich daran, daß es bei einer früheren Gelegenheit, welche das Interesse Deutschlands viel lebhafter berührte als die Freiheit der Donauschiffahrt, mit seinen Unternehmungen für Deutschland an dem Widerstand des gesammten Europa, Oestreich mit

inbegriffen, gescheitert sei. Die Anspielung ist bitter und vollkommen richtig, aber die preussische Regierung erklärt sich nicht darüber, was sie daraus für Folgerungen zieht. Denn unmöglich können wir es so verstehen, als wollte Preußen diese Gelegenheit benutzen, um seinerseits den deutschen Absichten Oestreichs in den Weg zu treten, wie man im gemeinen Sprichwort sagt: schlägst du meinen Juden, so schlage ich deinen Juden. Wenn aber Preußen damit auf die Eventualität hindeuten wollte, unter der es sich an dem Unternehmen Oestreichs betheiligen würde, so hat es nach unsrer Ansicht diese Weisung nicht bestimmt genug gegeben, die allerdings das Zweckmäßigste wäre, was Preußen in dieser Frage thun könnte. Wenn Preußen für seine Betheiligung an der orientalischen Frage den Wiedergewinn der Herzogthümer für Deutschland als Preis stellt, so wollen wir mit vollem Herzen auf seine Ideen eingehen und gern alles zurücknehmen, was wir über seine bisherige Politik gesagt haben.

Allein mit bloßen Anspielungen wird sich die Sache wol nicht erledigen lassen, umsoweniger, als Preußen über die Freiheit der Wahl, die ihm gelassen ist, in einem verhängnißvollen Irrthum zu schweben scheint. Wenn englische, französische und östreichische Blätter Preußen wegen seines Zögerns überhaupt getadelt haben, nicht wegen der besondern Art seines Zögerns, so waren sie gewiß im Unrecht. Preußen stand der orientalischen Frage am entferntesten und es setzte bei einem Kampf das meiste aufs Spiel. Es war daher vollkommen in der Ordnung, wenn es sich vorher darüber Gewißheit zu verschaffen suchte, daß es später nicht den Kampf allein auszufechten haben würde. Erst mußten England und Frankreich auf eine Weise in dem Kampf engagirt sein, daß an ein Zurückgehen nicht weiter zu denken war. Erst mußte Oestreich aufs klarste und bestimmteste seinen Willen erklärt haben, ehe Preußen daran denken konnte, die alte Bundesfreundschaft mit Rußland zu brechen. Aber dieses Zögern mußte auf eine Weise geschehen, daß bei dem Eintritt dieses Falles der Credit Preußens überall feststand; daß die Bedingungen und die Formen der neuen Verbindung von vornherein festgestellt waren: und das ist nicht geschehen. Die Stimmung der Verbündeten gegen Preußen ist gegenwärtig von der Art, daß ein Federgewicht den Ausschlag darüber geben kann, ob die Verbündeten mehr Preußens Feindschaft oder Preußens Freundschaft suchen. Dies scheint die preussische Regierung völlig übersehen zu haben. Zwar sind die Westmächte durch ihre nationale Ehre jetzt so in den Krieg verwickelt, daß sie ihn ohne einen bedeutenden Erfolg nicht aufgeben können. Allein wenn der Verdacht, der jetzt schon lebhaft rege wird, Preußen halte es geheim mit Rußland, sich nicht schnell beseitigt, so könnten sie leicht bei sich selbst überlegen, daß in Deutschland größere Lorbeeren zu erwerben seien als in der Türkei. Die deutsche Presse, die gegenwärtig für die Westmächte und für

Oestreich Partei nimmt, stellt sich zuweilen die Sache gar zu sanguinisch vor, als ob sich die Staatsmänner in Downingsstreet und in den Tuilerien aus den verhärteten Egoisten, die sie bisher waren, plötzlich in Seraphim und Cherubim verwandelt hätten, die nur für das Interesse der Menschheit schwärmten. Napoleon III. hat die Geschichte seines Oheims sehr gründlich studirt und weiß ganz genau, wie es im Frieden von Tilsit zugegangen ist.

Ueber die Mittel aber, gegen Preußen und Rußland zugleich zu Felde zu ziehen, kann kein Zweifel obwalten. Wer etwa noch nicht klar darüber sein sollte, der lese das Schriftchen: „Schreiben an den Kaiser der Franzosen in Betreff der orientalischen Frage. Aus dem Französischen. Leipzig, Kimmelman.“ Wenn auch Herr von Persigny im gegenwärtigen Augenblick keine officielle Stellung bekleidet, so drückt er doch ein sehr wesentliches Moment im System des Napoleonismus aus; ein Moment, welches sich ohne Zweifel Geltung verschaffen wird, sobald sich die bisherigen Voraussetzungen als trügerisch erweisen.

Noch nach einer andern Seite hin dürften die Voraussetzungen Preußens irrig sein; nämlich in Beziehung auf das Verhältniß der beiden Großmächte zum deutschen Bund. Die (officielle) Leipziger Zeitung bringt darüber in ihrer neuesten Nummer eine ziemlich weitläufige Auseinandersetzung, deren Schlußfolgerungen wir aber nicht verstehen. Der Verfasser stellt es als unangemessen dar, wenn man auf dem Bundestage in Beziehung auf die orientalische Frage dahin streben wollte, eine Majorität hervorzubringen; es müsse vielmehr so eingerichtet werden, daß allen verschiedenen Interessen der deutschen Mächte Rechnung getragen werde. Nun sind wir damit zwar insofern einverstanden, daß wir es für nöthwendig halten, alle die verschiedenen Interessen zu Rathe zu ziehen, aber zuletzt muß doch ein Ende gefunden werden. Daß dies nicht in der Weise eines Majoritätsbeschlusses, wo die deutschen Fürsten nach der Kopfszahl abstimmen, geschehen kann, versteht sich von selbst. Aber irgendein Mittel muß doch die Bundesversammlung kennen, einen definitiven Beschluß auch über die auswärtige Politik zu Stande zu bringen.

Denn wenn das nicht der Fall wäre, so bliebe nichts Anderes übrig, als das, was die preussische Regierung schon lange vorgeschlagen, wogegen sich aber die sächsische Regierung mit großer Lebhaftigkeit ausgesprochen hat, nämlich das Princip des freien Bündnisses, oder anders ausgedrückt, der *illico in partes*. Dies Princip würde aber für den Fall eines Krieges nichts Anderes heißen, als Auflösung der Bundesverfassung, Rheinbund u. s. w.

Auch diesen schrecklichen Fall, der aber doch unzweifelhaft im Gebiet der Möglichkeit liegt, muß sich die preussische Regierung sorgfältig überlegen. Ist in diesem Fall die Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß die Mehrzahl der deutschen Fürsten zu Preußen hält? — Wir sagen mit Bestimmtheit Nein.

Das Interesse sämmtlicher deutschen Fürsten, vom Kaiser von Oestreich bis zum Großherzog von Hessendarmstadt, erheischt mit unerbittlicher Logik, daß Preußen nicht vergrößert, daß es womöglich verkleinert werde. Abgesehen von den speciellen Wünschen einzelner Staaten, z. B. in Beziehung auf Schlessien, auf Preußisch-Sachsen, auf die Rheinprovinz u. s. w. wissen alle deutsche Regierungen sehr wohl, daß es, ganz abgesehen von der Persönlichkeit des Monarchen und seiner Minister, in der Tendenz des preussischen Staates, dessen einzelne Besitzungen auf das wüthendste durcheinandergeworfen sind, nothwendig liegen muß, sich, nach dem Kunstausdruck des vorigen Jahrhunderts, zu arrondiren, d. h. sich auf Kosten seiner Nachbarn zu vergrößern. Diese vom preussischen Wesen unzertrennliche Tendenz stimmt natürlich sehr schlecht zum Interesse seiner Nachbarstaaten. Solange Deutschland als eine Einheit auftritt oder solange Preußen durch das nationale Bewußtsein des Volks getragen wird, tritt dieses Interesse zurück und wird durch den allgemeinen Patriotismus zum Schweigen gebracht. Sobald aber das staatsrechtliche Band Deutschlands sich auflöst, sobald die nationale Stimmung sich nicht deutlich ausspricht oder sich wol gar gegen Preußen wendet, tritt augenblicklich das natürliche Interesse wieder hervor, und wir glauben mit mathematischer Gewißheit den Schlusssatz feststellen zu können: daß es in diesem Fall sämmtliche deutsche Staaten, vielleicht die kleinen Unionsstaaten ausgenommen (und auch von diesen ist es sehr zweifelhaft), es mit Oestreich und gegen Preußen halten werden: gleichviel, was dieser letzten Entscheidung vorausgegangen ist.

Wir wiederholen noch einmal, daß wir es auf das lebhafteste hoffen und wünschen, eine solche Eventualität möge nie eintreten. Allein die preussische Regierung, wenn sie sich eine Wahl zwischen Oestreich und Rußland als möglich denkt, muß sie doch in Rechnung bringen, und ein Rechnungsfehler wäre hier gradezu der Untergang des Staates.

Mus Barna.

Den 4. October.

Seit drei Tagen hat der heftige Sturm nachgelassen, welcher eine ganze Woche hindurch die Fluten des Curin aufwühlte und für lange Zeit die eben jetzt so unschätzbar wichtige Verbindung dieses Platzes mit Konstantinopel sowol, wie mit den Gegenküsten, im besondern mit der Krim aufhob. Denn kein Dampfer wagte den Ankergrund von Barnabay zu verlassen, und andererseits hatte der Telegraph auf dem weit vorgreifenden Cap Galata nur flüchtige Rauffahrer zu signalisiren, die, vor Top und Tafel treibend, die hohe